

## Entschießung des Verbandsgemeinderates Gebhardshain

- Kommunale Finanzen sichern
- Steuereinnahmen verstetigen
- Finanzmarkt bändigen

### Vorbemerkung zur Situation:

1. Es ist bei Weitem zu kurz gesprungen, nur zu kritisieren, der Anteil der Kommunen an den kommunalen und staatlichen Gesamteinnahmen aus Steuern, Gebühren und fiskalischer Tätigkeit sei zu gering.
2. Viel wichtiger und grundsätzlicher ist zu kritisieren, dass das Gemeinwesen insgesamt nicht mehr finanziert werden kann, obwohl unsere Volkswirtschaft insgesamt eine der reichsten der Welt ist. Die herrschenden Marktmechanismen, insbesondere an einem pervertierten Finanzmarkt, führen dazu, dass Reiche immer Reicher und Arme immer Ärmer werden und zugleich der öffentlichen Hand die Mittel vorenthalten werden, die Daseinsvorsorge darzustellen.
3. Im gleichen Zeitraum, seit der Jahrtausendwende, haben sich Unternehmensgewinne um über 40 % und die Arbeitnehmereinkommen um 4 % entwickelt. Ebenfalls im gleichen Zeitraum haben sich in anderen EU-Industrielländern die Arbeitnehmereinkommen zum Teil über 30 % nach oben entwickelt.
4. Es ist ebenso viel zu kurz gesprungen, Forderungen nur an die Landesregierung zu richten; vielmehr sind alle gesellschaftlichen Kräfte gefordert, endlich für wirksame internationale, nationale, regionale und kommunale Änderungen am Finanzmarkt, sowie in der Steuer-, Arbeitsmarkt-, Sozial- und Kommunalpolitik einzutreten.
5. Zu den Adressaten der Entschießung des VG-Rates Gebhardshain gehören ausdrücklich auch die kommunalen Spitzenverbände auf allen Ebenen.

### Wir fordern und konstatieren insbesondere:

1. Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes und einer an die internationale Steigerung angepassten Tarifentwicklung.
  - a. Zur Verbesserung der Binnennachfrage
  - b. Zur Minderung der staatlichen Zuschüsse an die Sozialversicherungen
  - c. Zur Einsparung bei der „aufstockenden Sozialhilfe“
2. Erhöhung des Spitzensteuersatzes für Reiche und Superreiche sowie die international vergleichbare Besteuerung großer Vermögen und Erbschaften bei gleichzeitiger Abflachung der so genannten kalten Progression („Mittelstandsbauch“).
3. Beibehaltung der Gewerbesteuer bzw. Weiterentwicklung zu einer „kommunalen Wertschöpfungsabgabe“, die für den Steuerschuldner und die Kommune planbarer werden soll. Die Unternehmensbesteuerung soll durch Ausbildung junger Menschen positiv gestaltbar sein.

4. Stärkere Beteiligung der Kommunen an der Einkommenssteuer.
5. Einführung einer Umsatzsteuer für Geschäfte auf den internationalen Finanzmärkten (Finanztransaktionssteuer / Tobinsteuer) die mit einem minimalen Steuersatz von 0,1 bis 0,5 Prozent mehr als 100 Milliarden Euro für die weltweite Bekämpfung der Krisenfolgen, von Hunger und Klimawandel bringen würde.
6. Weltweite Ächtung und Schließung von Steueroasen und konsequente Verfolgung der Steuerhinterzieher.
7. Effektive Finanzmarktkontrolle, insbesondere durch
  - a. Bessere staatliche Kontrolle der Rating-Agenturen
  - b. Zertifizierung und Zulassungsverfahren für Finanzprodukte
  - c. Verbot von Leergeschäften
8. Beitrag zur Haushaltskonsolidierung und Zukunftsfinanzierung durch eine Krisen-Sonderabgabe für Superreiche, die lange Jahre unanständige Gewinne aus dem Markt gezogen haben. Damit sind ca. 80 % der Steuerbürger NICHT gemeint.
9. Einführung einer Bankenabgabe für die laufenden öffentlichen Haushalte, keine Mini-Vorsorge für künftige Zusammenbrüche. Diese scheinbare „Rückversicherung“ erhöht nur das Risiko des nächsten Crashes und die Geschwindigkeit bis dort hin.
10. Konnexität nach dem Vorbild des Landes auch für den Bund. Wer eine Ausgabe gesetzlich regelt, muss dafür auch die Mittel bereit stellen.
11. Finanzierungsbeiträge des Bundes an den Stellen, wo es der Föderalismus heute schon zuließe. Beispiel: Gebührenfreie Kindergartenplätze für alle Kinder.
12. Nutzung kommunaler Einnahmemöglichkeiten im Bereich der Daseinsvorsorge, statt Erschließung dieser Geschäftsfelder für Private mit hohen Gewinnerwartungen. Abfall, Strom, Wasser, Gas pp.
13. Schluss mit Steuergeschenken an Parteiklientel; das so genannte „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ sofort rückgängig machen.
14. Beibehaltung von hoch wirksamen Marktanreizen, die gleichermaßen das Handwerk stützen, wie das Klima schützen: Photovoltaik-Regelung; Zuschüsse und Kredite zur Heizungssanierung; Zuschüsse und Kredite für sonstige energetische Sanierungen.